

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d



## Inhalt

35. Jahrgang / 185

26. September 1980

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, zum Tag der Gehörlosen 1980: Solidarische Hilfe ist eine Alltagspflicht.

Seite 1/2

Dietrich Sperling MdB, setzt sich für eine spezielle Bau- und Wohnungspolitik zu Gunsten Behinderter ein: Eine zentrale Aufgabe.

Seite 3/4

Lothar Curdt MdB befürwortet eine Verbesserung der Situation Behinderter im Verkehr: Schritt für Schritt.

Seite 5/6

### Dokumentation

Es darf gelacht werden - wie eng und stark das Vertrauensverhältnis zu den USA unter Adenauer "immer" war.

Seite 7-9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Zum Tag der Gehörlosen 1980

-----  
Solidarische Hilfe ist eine Alltagspflicht

Von Annemarie Renger MdB  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Die Tage, die mit einem besonderen Bezug versehen wurden, sind in den letzten Jahren rapide gestiegen. Aus kommerziellen, ideellen oder sozialen Motiven reicht der Katalog inzwischen vom "Tag des Baumes" bis zum "Weltspartag".

Über die tatsächlichen Auswirkungen dieser Daten auf das Verhalten oder die Sensibilisierung der Bevölkerung weiß man nicht allzuviel. Dennoch können derartige Tage einen Sinn haben, können dazu beitragen, auf Probleme von Mitbürgern aufmerksam zu machen, die unserer solidarischen und mitmenschlichen Hilfe im Alltagsleben, im Beruf und in der Freizeit dringend bedürfen. Dazu gehört auch der "Tag der Gehörlosen" am 27. September 1980.

Eindringlich, aufrüttelnd und verbindlich zugleich ist der Appell, den der Deutsche Gehörlosen-Bund aus diesem Anlaß an die Bevölkerung gerichtet hat. Darin heißt es um Verständnis werbend unter anderem:

"Nehmt uns, wie wir sind, uns Gehörlose, die mit den Augen hören und mit den Händen sprechen. Wir wollen mit unserer Behinderung fertig werden, nur - helft uns dabei! Sprecht langsam und deutlich zu uns. Sprecht uns antlitzzugewendet an. Habt Geduld mit uns. Wir sind Bürger des Landes und der Stadt. Wir haben Berufe gelernt, wie andere Menschen auch. Wir können unser Brot verdienen, aber nehmt uns in Eure Mitte und laßt uns nicht draußen stehen!"

Vieles ist in der Bundesrepublik Deutschland zur Verbesserung und Erleichterung der Lebenssituation der behinderten



Mitbürger - auch der Gehörlosen und Sprachgeschädigten - getan worden, aber vieles bleibt auch noch zu tun. Wir müssen noch stärker als bisher begreifen, daß es bei der Lösung der Probleme der Behinderten nicht allein um die Bereitstellung öffentlicher Mittel geht. Viel mehr ist die Erkenntnis erforderlich, daß "solidarische Hilfe eine Alltagspflicht ist".

Das Verhalten gegenüber behinderter Mitbürger ist immer noch zu sehr von Unsicherheit und nicht selten auch von "Wohlfahrtsgefühlen" geprägt - das Gegenteil ist erforderlich. Schulen, Jugend-, Sport- und Sozialorganisationen, Gewerkschaften und die politischen Parteien müssen unablässig und noch intensiver bemüht sein, den Behinderten dauerhafte Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben. Hier sind längst noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

Zum "Tag der Gehörlosen" gilt es daran zu erinnern, daß die Lebenserleichterungen durch den technischen Fortschritt auch Gehörlosen im Berufs- und Familienleben zugänglich gemacht werden müssen: Beispielsweise durch die finanzielle Förderung bei der Anschaffung von Schreibtelefonen für die rund 55.000 gehörlosen Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland. Eine spürbare Hilfe kann auch durch weitere Gebührenerleichterungen durch die Bundespost erfolgen.

Die weitere Ausbildung und der Einsatz von Gehörlosen-Dolmetschern und Sozialarbeitern ist vor allem im öffentlichen Bereich eine dringende Notwendigkeit. Berechtigt sind zudem die Forderungen nach verstärkter öffentlicher Hilfe bei der Einrichtung und Unterhaltung von Begegnungsstätten der Gehörlosen. Bei der Inanspruchnahme der Weiterbildungsmöglichkeiten im beruflichen und allgemein gesellschaftlichen Leben sind neue Formen der Einbeziehung der Gehörlosen zu schaffen.

Eine Möglichkeit, die Lebensqualität der Gehörlosen zu erhöhen, ist der Sport. Von besonderer Bedeutung sind deshalb die 14. Weltspiele der Gehörlosen-Sportler, die vom 23. Juli bis 1. August 1981 in Köln stattfinden. Die politisch Verantwortlichen, die öffentlichen Verwaltungen und insbesondere die Sportorganisationen müssen noch intensiver und bereitwilliger auf die Bedürfnisse des Behindertensports eingehen. Mit der "Sozialen Offensive im Sport" hat die SPD dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet, den es weiter auszubauen gilt.

Um die finanziellen Voraussetzungen zur Erfüllung der "Sozialen Aufgaben im Sport" zu schaffen, ist vor allem eine Umverteilung der Mittel aus den Zuschlagserlösen der Sportbriefmarken und der vielfältigen Lotterien zugunsten des Sports in den Bundesländern erforderlich. Die SPD wird dazu in Kürze entsprechende Vorschläge unterbreiten.

(-/26.9.1980/ks/ca)

+ + +



Eine zentrale Aufgabe

**Bau- und Wohnungspolitik für Behinderte**

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Behinderte brauchen dauerhaft Hilfe und Unterstützung. Um ihnen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, sind Staat und Gesellschaft verpflichtet, diese Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Politik für Behinderte ist deshalb eine der zentralen Bereiche staatlicher Sozialpolitik.

Dies gilt für alle Lebenssituationen der Behinderten: Sie Hilfe der Nicht-Behinderten ist nicht nur für die Eingliederung in den Beruf und in den Arbeitsplatz, sondern auch im Verkehr und bei der Gestaltung der gebauten Umwelt erforderlich. Vor allem die Wohnung als wichtiger Lebensbereich für Behinderte, die nicht so mobil sein können wie andere, muß ihren besonderen Bedingungen entsprechen.

Um den Betroffenen eine Wohnungsversorgung zu gewährleisten, die diesen besonderen Bedingungen Rechnung trägt, sind in verschiedenen Bereichen der Gestaltung des Lebensbereichs "Wohnen" Maßnahmen der Förderung, Hilfestellung und Erleichterungen für das Wohnen behinderter Menschen entwickelt worden.

Ein Schwerpunkt liegt bei den Unterstützungen für Behinderte, die kein hohes Einkommen haben. Es gibt einmal den Bereich der sogenannten Subjektförderung, der Unterstützung der Person beim Tragen der Mietbelastung durch das Wohngeld und durch erhöhte Einkommensgrenzen für die Berechtigung beim Bezug von Sozialwohnungen; zum anderen gibt es die Objektförderung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus und bei der Eigentumsförderung, bei der Wohnungen und Häuser speziell für Behinderte durch öffentliche Mittel "billiger" gemacht werden.

Maßnahmen für behindertengerechtes Wohnen werden auch in einem ganz anderen Bereich getroffen: Im Rahmen der Baunormung, der Bauvorschriften, der Bauordnungen werden ihre Belange berücksichtigt.

Die Bundesregierung bemüht sich darüber hinaus durch Forschungsarbeiten und Modell- und Demonstrativbaumaßnahmen Kenntnisse über behindertengerechtes Bauen zu erlangen und weiterzugeben. Die Bundesbaudirektion ist dabei in Zusammenarbeit mit den Bundesressorts zunächst die Gebäude der Ministerin in Bonn für Behinderte besser zugänglich zu machen. Gerade in diesem Bereich - der behindertenfreundlichen Gestaltung von Gebäuden generell und einem einfachen Zugang zu öffentlichen Gebäuden liegt noch viel Arbeit vor uns.

Die Maßnahmen sind im einzelnen:

1. "Subjektförderung": Im Wohngeld, auf das ein gesetzlicher Anspruch besteht werden bei der Bestimmung des unter anderem von der Haushaltsgröße abhängigen Höchstbetrages der zuschufähigen Miete Schwerbehinderte mit einer Minderung der Erwerbstätigkeit um wenigstens 80 Prozent und sonstige Schwerbehinderte, wenn sie pflegebedürftig im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes sind, doppelt gezählt. Diese Regelung wirkt sich bei hohen Mieten oder Belastungen begünstigend aus. Durch die Doppelzählung des Schwerbehinderten wird nämlich bewirkt, daß der Höchstbetrag für einen entsprechend größeren Haushalt zugrunde zu legen ist. Somit ist ein höherer Anteil der Miete wohngeldfähig.

Bei der Ermittlung des Jahreseinkommens wird zugunsten schwerbehinderter Familienmitglieder, sofern sie um wenigstens 50 Prozent erwerbsgemindert sind, ein Freibetrag von 1.500 DM abgesetzt. Dieser Betrag erhöht sich auf 2.400 DM bei 80 Prozent Schwerbehinderten.

Hat das schwerbehinderte Familienmitglied keine eigenen Einnahmen in Höhe des Freibetrages, so wird dieser insoweit von den Einnahmen des meistverdienenden Familienmitgliedes abgesetzt. Dadurch verringert sich das Familieneinkommen und führt ebenfalls zu einem höheren Wohngeld. Eine Grundrente, die Schwerbehinderte nach dem Bundesversorgungsgesetz erhalten, wird bei der Ermittlung des für das Wohngeld maßgebenden Einkommens nicht berücksichtigt.

Im Zweiten Wohnungsbaugesetz sind die Einkommensgrenzen geregelt, die zum Bezug einer Sozialwohnung berechtigen. Diese Einkommensgrenze (21.600 DM zuzüglich 10.200 DM für den zweiten und weitere 6.300 DM für jeden weiteren Angehörigen) ist für alle Schwerbehinderten mit mindestens 50 Prozent Minderung ihrer Erwerbstätigkeit um 4.200 DM erhöht. Bei der Förderung von Eigentumsmaßnahmen für Bauherren mit zwei oder mehr Kindern wird das zusätzlich gewährte öffentliche Baudarlehen (sogenannte Familienzusatzdarlehen) für Schwerbehinderte um 2.000 beziehungsweise 1.500 DM aufgestockt. Der bei der vorzeitigen Rückzahlung des öffentlichen Baudarlehens gewährte Schuldnachlaß ist bei Schwerbehinderten höher als bei sonstigen Bauherren. So erhält zum Beispiel ein Schwerbehinderter mit zwei Kindern bei einer nach zehn Jahren noch bestehenden Restschuld von 10.000 DM einen um rund 6,5 Prozent höheren Schuldnachlaß als ein Nichtschwerbehinderter.

2. "Objektförderung"

Die Schwerbehinderten sind eine der "Zielgruppen" auf die die Mittel für den sozialen Wohnungsbau zunehmend konzentriert werden. Der Bund hat aus seinen Mitteln von 1969 bis 1977 fast 100 Millionen DM für Schwerbehindertenwohnungsbau zur Verfügung gestellt. Es werden weiterhin Mittel für diesen Zweck eingesetzt.

3. Planungsnormen und Baurecht

Das Bauministerium hat schon vor einigen Jahren veranlaßt, daß vom DIN-Normenausschuß Bauwesen Planungsnormen für Wohnungen für Rollstuhlnutzer und für Sehbehinderte erarbeitet wurden.

Darüber hinaus sind Planungsnormen für bauliche Maßnahmen im öffentlichen Bereich erarbeitet worden, die die Belange der Schwerbehinderten bei Straßen, Plätzen, Wegen und öffentlichen Gebäuden besonders berücksichtigen. Die Vorschrift des § 1 Absatz 6 des BBauG bestimmt ausdrücklich, daß bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange von Personen, die nach ihren persönlichen Lebensumständen besonderer Hilfen und Einrichtungen bedürfen, insbesondere die Belange geistig und körperlich Behinderter sowie alter Menschen zu berücksichtigen sind. Die Arbeitsgemeinschaft der Bauminister hat Verordnungsmuster für die Landesbauordnungen erstellt, in denen auf die Belange der Behinderten eingegangen wird.

4. Das Bundesbauministerium hat bereits seit längerem bei seinen Versuchs- und Vergleichsmaßnahmen behindertengerechte Wohnungen gefördert: In Bremen, Achim, Bonn, Berlin, Fürth, Lüneburg, Hamburg, Schlüchtern, Wulfen. Über diese Maßnahmen wurden Untersuchungen angestellt, die mit entsprechenden Empfehlungen vom Bauministerium veröffentlicht wurden. Die Bundesbaudirektion hat in den letzten Monaten zusammen mit den einzelnen Ministerien der Bundesregierung ein Programm zur behindertengerechten Ausgestaltung der Gebäude dieser Ministerien erstellt. Dieses Programm hat einen Umfang von circa fünf Millionen DM und sieht Aus- und Umbauten der meist älteren Dienstgebäude vor, damit sie für Behinderte besser zugänglich werden. Der Bund soll auch in diesen Bereichen ein gutes Beispiel sein.

Schlußbemerkung:

Im Städtebaubericht 1975 der Bundesregierung heißt es: "Dem medizinischen Erfolgen, die in der körperlichen Stabilisierung der Behinderten erreicht werden konnten, stehen viele Unzulänglichkeiten der baulichen Umwelt gegenüber. Wohngebäude können ebenso wie Rathäuser, Theater und andere öffentliche Einrichtungen wegen fehlender Auffahrtrampen und Aufzüge von Gehbehinderten nicht mit eigener Kraft betreten werden.

Ähnliche Schwierigkeiten entstehen zum Beispiel durch hohe Bordkanten, schmale Bürgersteige und beim Einstieg in öffentliche Verkehrsmittel. Auch wenn diese Sätze vor fünf Jahren geschrieben wurden und seit dem vieles verbessert wurde, bleibt sehr viel zu tun und deshalb gilt: Alle öffentlichen Hände tragen hier eine Verpflichtung, die über die Bereitstellung von Förderungsmitteln und die Erarbeitung von Planungsnormen und Grundsätzen hinaus geht. Eine schwere Behinderung ertragen zu müssen, ist eine große Belastung. Unsere gebaute Umwelt legt diesen Mitbürgern immer noch zu große zusätzliche Hindernisse in den Weg. Das Bewußtsein aller politisch Verantwortlichen, aller Architekten und Planer für die Belange der Körperbehinderten muß weiter wach gehalten werden. Unsere Solidarität mit den Behinderten wird auch daran gemessen, wie weit wir ihnen unsere gebaute Umwelt zugänglich machen.

### Schritt für Schritt

Die Situation der Behinderten im Verkehr wird verbessert

Von Lothar Curdt MdB

Obmann der SPD im Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

Die Situation unserer behinderten Mitbürger im Verkehr ist nicht leicht. Aus Eingaben wie auch aus zahlreichen Veranstaltungen wissen wir, daß dieses Thema in der Öffentlichkeit zunehmende Bedeutung erlangt. Die Bundesregierung hat jetzt in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Koalitionsfraktionen das Problem genauer durchleuchtet und ausführlich dargelegt, was bereits bis heute zur Berücksichtigung der Behinderten wie auch älterer Menschen an Maßnahmen realisiert wurde. Deutlich wird aber auch, daß es weiter notwendig ist, sich den schwächeren Mitgliedern unserer Gesellschaft verstärkt anzunehmen und gerade im Verkehrsbereich weitere Erleichterungen zu ermöglichen.

Die von der Bundesregierung genannten Zahlen - danach gibt es im weiteren Sinne, also einschließlich vorübergehend Behinderte und Fahrgäste mit Kinderwagen, werdende Mütter und ähnliches 6,35 Millionen Personen, die im Verkehrsgeschehen beeinträchtigt sind - unterstreichen die Notwendigkeit, sich dieser Gruppe im Verkehrssektor verstärkt zuzuwenden.

Erfreulicherweise gibt es seit April 1976 eine sogenannte DIN-Norm, die Planungsgrundlagen zur Berücksichtigung Behinderter und älterer Menschen enthält. Der Bund hat diese Planungsgrundlagen bei allen Maßnahmen, die in der Baulast des Bundes sind, eingeführt. Leider haben sich dem noch nicht alle Länder angeschlossen. Sie sind also aufgerufen, nach dieser Norm zu bauen. Diese Planungsgrundlagen stellen beispielsweise Forderungen auf für die Mindestbreite von Gehwegen, deren Neigungsgrad, über die Gestaltung von Fußgängerüberwegen und ihre Signalanlagen, besonderen Leitpflasterungen für Blinde, Rampenneigungen für Rollstuhlfahrer, Sonderregelungen bei Parkanlagen, Sonderparkgenehmigungen auf Gehwegen kostenloses Parken an Parkuhren und dergleichen mehr.

Es sind einmal mehr die Zuständigkeiten, die hindernd wirken. So fördert der Bund zwar durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz Maßnahmen zur behindertengerechten Gestaltung von Verkehrsanlagen, aber auch hier liegt die Planung bei den Baulastträgern. Größere Einflußmöglichkeiten hat dagegen der Bund im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs. Dieser nimmt auch, da die Motorisierung der Behinderten gering ist, eine besondere Stellung ein. Vielfach muß sogar der ÖPNV ausschließlich das Mobilitätsbedürfnis der Behinderten erfüllen.



Große Wünsche gibt es seitens der Behinderten natürlich für die Gestaltung der Fahrzeuge und einiges hiervon läßt sich mit Sicherheit bei den nächsten Fahrzeuggenerationen erreichen. Aufgrund vorliegender Untersuchungen gibt es Fortschritte, eine Durchsetzung in der Praxis benötigt Zeit, um so mehr Zeit, je höher die Lebensdauer der jeweiligen Fahrzeuge ist. Und hier müssen wir sehen, daß gerade bei öffentlichen Verkehrsunternehmen die Fahrzeuge eine recht hohe Lebensdauer haben. Dennoch müssen die Maßnahmen konsequent Schritt für Schritt verwirklicht werden.

Für das Führen von Kraftfahrzeugen sowie für die Zulassung gibt es eine Reihe von Vorschriften und Richtlinien, die den besonderen Belangen der Behinderten weitgehend gerecht werden. Solche Vorschriften sollen nicht dazu dienen, die Behinderten in irgendeiner Weise zu diskriminieren, sondern im Gegenteil auch ihnen die Teilnahme am motorisierten Verkehr zu öffnen. Es ist erfreulich, daß die vorliegenden Richtlinien bald überarbeitet werden.

Auch in anderen Bereichen des öffentlichen Personennahverkehrs konnten Fortschritte erzielt werden. Zu nennen wäre hier insbesondere

- die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personennahverkehr und ihrer Begleitung,
- die Befreiung von einem Entgelt für den Regionalverkehr unter Einbeziehung der Sitzzüge.

Aber auch die Schaffung von Parkmöglichkeiten für Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung und Blinde soll nicht unerwähnt bleiben, ebenso die Kraftfahrzeugsteuerbefreiung, solange die Fahrzeuge für Behinderte zugelassen sind.

Auch im internationalen Bereich finden die Behinderten zunehmend mehr Bedeutung. Zur Vorbereitung des Jahres der Behinderten wurden Arbeitsgruppen eingesetzt und in einer Arbeitsgruppe für den Bereich Bauen, Wohnen, Verkehr und Technische Hilfe wurde ein Maßnahmenprogramm für den behindertengerechten Ausbau des Verkehrsberreichs verabschiedet, das sorgfältig geprüft werden muß, denn es enthält eine ganze Reihe von Forderungen, die es besonders in den Kommunen zu realisieren gilt. Auch die Konferenz der europäischen Verkehrsminister hat sich mit der Verbesserung der Bedingungen für die Behinderten beschäftigt. Der im Frühjahr 1981 vorzulegende Bericht wird Grundlage weiterer Erörterungen sein.

Es ist zu hoffen, daß mit der Einbringung der Kleinen Anfrage und ihrer Beantwortung durch die Bundesregierung mehr Nachdruck erreicht werden konnte bei dem Bemühen, den Behinderten auch im Verkehrsbereich weitere Erleichterungen zu schaffen.

(-/26.9.1980/hi/ca)



DOKUMENTATIONEs darf gelacht werden

Wie eng und stark das Vertrauensverhältnis zu den USA unter Adenauer "immer" war

Der Kanzlerkandidat der Unions-Parteien, Dr. Franz Josef Strauß, hat auf seiner Pressekonferenz "Programm für die ersten 100 Tage einer von der CDU-geführten Bundesregierung" die tatsächlich besser unter dem Titel "Es darf gelacht werden" gestanden hätte, am Mittwoch erklärt: "Das Vertrauensverhältnis (zu den Vereinigten Staaten von Amerika) ist durch Schmidt erschüttert worden und muß wieder so eng und stark werden, wie es unter Adenauer immer gewesen ist." In der Bundespressekonferenz anwesende Journalisten brauchten keine Historiker zu sein, um den Nachweis zu führen, daß Strauß ein Märchen erzählte, daß er selbst sicher nicht glauben kann - zumal er hauptverantwortlich für schwerste Eintrübungen des Verhältnisses Bonn-Washington während seiner Amtszeit als Bundesminister der Verteidigung war. Nachfolgende Dokumentationen beschreibt "wie eng und stark das Vertrauensverhältnis zu den USA unter Adenauer immer gewesen ist".

Bezeichnend für die Meinungsverschiedenheiten, die das Verhältnis zwischen der CDU/CSU-Bundesregierung und der US-Administration belasteten, sind zwei Zitate:

"Whatever elections show, the age of Adenauer is over,"

erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, am 1. Oktober 1957 in einem Aufsatz in Foreign Affairs.

"Nun kommen in den USA wieder die zu Wort, die nicht für Berlin sterben wollen", bemerkte im August 1962 das Zentralorgan der Jungen Union der CDU, "Die Entscheidung", und machte sich damit zum Sprecher der immer stärker werdenden CDU/CSU-Kreise, die mit ihrer kritischen Einstellung gegen den US-Präsidenten Kennedy und seine Regierung nicht mehr zurückhielten.

1954: Mißklang in Washington

Unter dieser Überschrift erschien in der Rundschau am 11. November 1954 ein Kommentar über den plötzlichen Abbruch einer Reise des Bundeskanzlers nach Washington: "Die Reise stand von Anfang an nicht unter einem glücklichen Stern. Zwar fehlte es nicht an den üblichen Ehrungen, doch die Begleitmusik war schwächer als bei seiner ersten Besuchsreise.. Dazu kommt, daß das öffentliche Auftreten des Kanzlers in Washington mit einer schrillen Dissonanz endete." Adenauer hatte offenbar aus innenpolitischen Erwägungen heraus wieder einmal eine Zick-Zack-Kurve gefahren und nach seinen Besprechungen mit US-Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles in einer Rede erklärt, daß er gewissermaßen als Krönung der Pariser Verträge den Abschluß eines Sicherheitsabkommens zwischen dem Block des Westens und dem Ostblock für notwendig halte, um dadurch eine Entspannung herbeizuführen. Die Rundschau schreibt weiter: "Der Gedanke ist nicht neu, er hat ihn schon mehrmals anklingen lassen. Neu dagegen ist die scharfe Reaktion, mit der Beamte des Washingtoner Außenamtes sofort diese Rede quittierten. Sie erklärten, dieser Vorschlag gehe weit über das hinaus, was die USA in absehbarer Zeit tun könnte. Weder Eisenhower noch Dulles seien gewillt, irgend etwas zu tun, was geeignet sein könnte, die sowjetische Herrschaft über weite Teile der Welt anzuerkennen, und sei es auch nur indirekt."

1957 + 1961: Adenauer und Strauß wollen US-Atomwaffen

Diametrale Gegensätze brachen zwischen den jeweiligen Regierungen der USA und der Bundesrepublik um die Frage der Verfügungsrechte über Atomwaffen in Mitteleuropa aus. Wäh-



rend sich die US-Präsidenten Eisenhower und Kennedy strikt weigerten, den damaligen Bundesverteidigungsminister Strauß an den Atom-Drücker zu lassen, ließen Adenauer und Strauß nicht locker.

"Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als die Weiterentwicklung der Artillerie und es ist ganz selbstverständlich, daß bei einer so starken Fortentwicklung der Waffentechnik, wie wir sie leider jetzt haben, wir nicht darauf verzichten können, daß unsere Truppen auch bei uns - das sind ja besonders normale Waffen in der normalen Bewaffnung - die neuesten Typen haben und die neuesten Entwicklungen mitmachen", forderte Konrad Adenauer laut "Die Welt" vom 17. Mai 1957.

"Ein Verzicht auf Kernwaffen unter den gegebenen Umständen und im Augenblick würde militärisch eine Preisgabe Europas an die Sowjetunion bedeuten... Die Beratungen der NATO-Konferenz schon im Dezember 1956 haben das Problem aufgeworfen, ob zur Verstärkung der abschreckenden Wirkung... die nicht-amerikanischen Streitkräfte der NATO mit Atomwaffen ausgestattet werden sollen. Hier ist unser Standpunkt der, daß wir Gleichberechtigung mit den übrigen europäischen Streitkräften der NATO verlangen", meinte Verteidigungsminister Strauß am 8. April im Hessischen Rundfunk und setzte in einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift "Reporter" nach: "Ich halte es für unerlässlich, daß die NATO-Streitkräfte der europäischen Länder einschließlich der Bundesrepublik mit Atomwaffen ausgerüstet werden. Wir können nicht auf unbegrenzte Zeit zwei Kategorien von NATO-Mitgliedern haben - eine erste Klasse und eine zehnte Klasse."

1961 begann die Adenauer-Regierung eine neue Atomwaffen-Offensive. Strauß forderte am 27. November eine Organisation zu schaffen, "die in der Lage sei, Europa von Europa aus atomar zu verteidigen" und verlangte im Bulletin der Bundesregierung nach einer politischen Lösung, "die dem Land, in dem die meisten Atomwaffen gelagert sind, ein Mitspracherecht gewähren". Als Arbeitsbegriff könne der Begriff "Vierte Atommacht NATO" stehen.

Die Antwort von John F. Kennedy am 28. November 1961 in einem Interview mit der sowjetischen Zeitung "Iswestija" war unzweideutig: "Die Vereinigten Staaten werden, wie ich vor den Vereinten Nationen erklärt habe, aus grundsätzlichen Erwägungen unserer nationalen Politik heraus keinem Lande Kernwaffen geben und ich würde es höchst ungern sehen, das Westdeutschland in den Besitz einer eigenen nuklearen Kapazität gelangt."

#### Adenauer kontra Eisenhower: Streit um Politik der Stärke

Im Jahre 1956 erreichte das Verhältnis zwischen den Regierungen in Bonn und Washington einen erneuten Tiefpunkt. Das Wall Street Journal vermerkte im Juni: "Der Bundeskanzler ist besorgt, die Alliierten können von der Politik der Stärke abgehen..." Die französische Zeitung "Le Monde" berichtete im gleichen Monat: "Die Sprache des Bundeskanzlers, welche lange Zeit so lieblich in amerikanischen Ohren klang, hat heute ihre Resonanz selbst bei den Schärfsten der Antikommunisten des (US-) Außenamtes verloren..." Die Frankfurter Rundschau berichtete aus Washington: "Die Tatsache, das Adenauer darauf besteht, den Kalten Krieg mit den Sowjets fortzusetzen und sogar noch zu verstärken, ist... selbst bei Außenminister Dulles auf... starken Widerstand gestoßen." Dazu bemerkte die Neue Zürcher Zeitung: Adenauer nimmt es auf sich, als "letzter Mohikaner" des Kalten Krieges zu gelten." Und "Die Welt" schrieb: "Weltpolitisch wird Adenauer vor der Entscheidung stehen, ob er in den Augen der Großmächte als ein zweiter Syngman Rhee erscheinen will, wenn er sich der Entspannungspolitik entgegenstellt." - Tatsächlich mußte Adenauer auf Druck der US-Administration eine Reise in die Vereinigten Staaten absagen, wo er vor der Veteranen-Vereinigung sprechen wollte, weil die Regierung in Washington kurz zuvor schlechte Erfahrungen mit dem koreanischen Diktator Syngman Rhee gemacht hatte.

Über das Verhältnis Präsident Eisenhowers zu Adenauer berichtet der damalige britische Premier Macmillan von der Pariser Viererkonferenz von 1959 in seinen Erinnerungen (Seite 364): "Der interessanteste und enthüllendste Teil unserer Diskussion war eine



Episode, die einem Angriff Präsident Eisenhowers auf Adenauer in der Berlinfrage gleich kam. Das war sehr bedeutungsvoll. Adenauer versuchte, zu der Position des Vorjahres zurückzukehren - vor dem langen Treffen (der Außenminister) in Genf, als (dann schließlich doch) eine gewisse Lockerung der Position stattgefunden hatte. Inzwischen sind die Amerikaner von ihrer sehr starren Position abgerückt und zeigen sich bereit, verschiedene Pläne für die Zukunft Berlins in Erwägung zu ziehen, Pläne, über die sie vor nicht langer Zeit nicht einmal zu sprechen bereit waren. Dem Kanzler war das zweifellos bewußt. Aber der Präsident war sehr fest, ja, beinahe rüde. Er war am Ende seiner Geduld. Da man ihn ein bißchen hart anpackte, sackte der deutsche Kanzler in sich zusammen und sagte von da an kein einziges Wort mehr."

#### Kennedy-Adenauer: Nicht nur ein Generationenproblem

John F. Kennedy hat über Adenauer (laut Theodore Sorensen, Kennedy, München 1965, Seite 525) gesagt: "Ich habe immer das Gefühl, das ich nicht zu einer anderen Generation spreche, sondern zu einer anderen Epoche, einer anderen Welt." Adenauers langjähriger Pressechef Felix von Eckardt beschrieb in seinen Memoiren (Seite 625) die Gründe: "Die Grüße des Bundeskanzlers, die ich ihm (Kennedy) übermittelte, nahm er eher kühl auf, woraus ich schließen muß, daß er über Adenauers Vorliebe für seinen Gegner Nixon informiert war." Und (Seite 626): "Übrigens blieb das Verhältnis Adenauer-Kennedy bis zur Ermordung des Präsidenten etwas kühl und distanziert".

Adenauer war in den Jahren 1961/62 ständig bemüht, dem US-Präsidenten Schwierigkeiten bei dessen Sondierungsgesprächen mit den Sowjets über die Berlin-Problematik zu bereiten. Für die von Adenauer ausgelöste Stimmung in der Bundesrepublik ist bezeichnend, wie die Bild-Zeitung den Vorschlag des Berlinbeauftragten Kennedys, General Clay quittierte, beide Teile Deutschlands sollten künftig engere Kontakte suchen - BILD: "Wird Deutschland jetzt verkauft?"

Der Bundeskanzler ließ es zu, daß der deutsche Botschafter in Washington, Wilhelm Grewe, am 22. September in einem TV-Interview die unverhohlene Drohung aussprach, die amerikanische Berlin-Politik sei im Begriff, das atlantische Fundament der Bundesrepublik zu gefährden. Während dessen ließ Adenauer seinen Moskauer Botschafter Kroll Berlin-Gespräche mit Chruschtschow führen, die auf bilaterale Verhandlungen ohne die USA hinausliefen. Als sich im November dann Adenauer und Kennedy in den USA aussprechen wollten, war das Gespräch derart "stürmisch", daß die beiden übereinkamen, ihre Aufzeichnungen zu verbrennen. (John Newhouse, De Gaulle and the Anglo Saxons, New York 1970, Seite 142). Adenauer verzichtete denn auch dieser Begegnung in seinen Memoiren ein Kapitel zu widmen.

Neue Zermürfnisse gab es 1962, als Adenauer seine verstärkte Kooperationen mit De Gaulle gegen die USA nutzen wollte. In einer Pressekonferenz erklärte er am 7. Mai zu Sondierungsgesprächen der USA mit der UdSSR: "Ich habe nicht die leiseste Hoffnung, daß es bei den Ost-West-Verhandlungen zu einem Ergebnis kommen wird." Am 10. Mai berichtete der Tagesspiegel (Berlin) von der "Vertrauenskrise" zwischen den USA und der Bundesrepublik: "Nachdem das amerikanische Außenministerium in scharfer Form festgestellt hatte, die USA ließen sich durch die deutschen Einwände nicht von der Fortsetzung der Sanierungsgespräche abbringen, wurde am Mittwoch in Washington von politischen Kreisen erklärt, die Beziehungen zwischen Bonn und Washington hätten ihren tiefsten Punkt erreicht, seit die beiden Staaten vor sieben Jahren Partner in der NATO wurden."

Die Auswahl der Zitate und Auseinandersetzungen zwischen Adenauer/Strauß sind unvollständig. Berücksichtigt werden konnten aus Platzgründen nicht die Begleiterscheinungen des Besuchs Kennedys in der Bundesrepublik 1963 und die Kontroverse, die Strauß 1962 mit seiner Kritik an der angeblich neuen amerikanischen Verteidigungspolitik auslöste. Der SPD-Pressedienst schrieb damals: "Das genügt, Herr Strauß!, leichtfertige Kritik gefährdet Vertrauensverhältnis USA-Bundesrepublik" (Willi Carl)

+ + +

